

---

# Österreich im Übergang – Koalition in labilem Gleichgewicht

Trautl Brandstaller

---

Nach sieben Jahren ist Wolfgang Schüssels Experiment, die FPÖ Jörg Haiders durch Beteiligung an der Macht zu »zähmen« und der ÖVP durch seine Kanzlerschaft langfristig die Führungsrolle zu sichern, gescheitert. Waren es sieben fette oder sieben magere Jahre für Österreich?

Schüssel und seine Minister suggerierten den Österreichern, daß es ihnen noch nie so gut gegangen sei, ja daß sie an die Spitze der europäischen Wirtschaften (»Österreich, das bessere Deutschland«) vorgerückt wären. Und in der Tat sind Österreichs Wirtschaftsdaten im Vergleich mit anderen EU-Ländern herzeigbar. Allerdings sind diese Erfolge weniger auf die Politik der Regierung Schüssel als auf die günstigen politischen Entwicklungen in Europa zurückzuführen. Die österreichische Wirtschaft, besser gesagt jene Unternehmen, die durch Exporte und Investitionstätigkeit in Mittel- und Osteuropa, in die Ukraine und andere Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion hohe Gewinne eingefahren haben, verdanken diesen Erfolg primär der Öffnung des Ostens und der Erweiterung der Europäischen Union, erst in zweiter Linie der Reduzierung der Körperschaftssteuer und der Einführung der Gruppenbesteuerung durch Karl-Heinz Grasser. Das Wirtschaftswachstum blieb im Zeitraum 2000–2006 trotz Österreichs bevorzugter Lage in der Mitte Europas um 0,2 Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Strukturelle Veränderungen wurden nicht vorgenommen, die Umstellung auf zukunftsorientierte Branchen, die Förderung von Forschung und Entwicklung, alles, was die Wirtschaft von der Kriech- auf die Überholspur bringen könnte, blieb rhetorische Leerformel.

---

## Sieben Jahre – fett und mager

---

Für Großindustrie und Hochfinanz waren die Jahre des »Schüssel-Grasser-Kurses«, wie Schüssel seine Wirtschaftspolitik gern nannte, also durchaus »fette Jahre«. Der Kärntner Autohändlersohn, einst Liebling Jörg Haiders, dann von Schüssel an die Brust genommen, wurde nicht zufällig von der Industriellenvereinigung gesponsert –

man wußte dort, was man von ihm zu erwarten hatte: Er sollte »den neoliberalen Prinzipien in der österreichischen Wirtschaft zum Durchbruch verhelfen«, wie es der frühere Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Lorenz Fritz, anlässlich der Debatte um die Finanzierung von Grassers Homepage offenherzig zugegeben hatte.

Die Grassersche Steuerpolitik zugunsten der großen, exportintensiven Unternehmen führte zu einer massiven Verschiebung der steuerlichen Belastung. Während Großunternehmer, Banken und Versicherungen immer weniger zum steuerlichen Gesamtaufkommen des Staates beitrugen, zahlte die große Mehrheit der Lohn- und Einkommensbezieher einen immer größeren Anteil. »Es ist richtig«, urteilte der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts, Prof. Karl Aiginger, »daß die Masseneinkommen deutlich weniger gestiegen sind als das Bruttoinlandsprodukt, daß es eine Umverteilung zum Unternehmenssektor gegeben hat, aber es ist auch keine Beschleunigung dieser Tendenz in den letzten 20 Jahren zu sehen. Wenn Sie sich die Lohnquote anschauen, ist die Kurve abfallend seit 1980« (»Der Standard«, 29. September 2006). Vereinfacht ausgedrückt: Während die Gewinne der Unternehmen, die Dividenden der Aktionäre und die Gehälter der Manager deutlich stiegen, hatte die Mehrheit der Bevölkerung, also Arbeiter, Angestellte, Freiberufler, aber auch Bauern und Gewerbetreibende, kleine und mittlere Unternehmer, nicht zu vergessen die große Zahl der Pensionisten, weniger Geld zur Verfügung. Selbst der Sozialbericht der Regierung mußte zugeben, daß die Schere zwischen Reich und Arm in Österreich größer geworden war und inzwischen rund eine Million, also jeder achte Österreicher, armutsgefährdet ist.

---

### Unbemerkter Stimmungswandel

---

Für die Mehrheit der Österreicher waren also die Jahre der Kanzlerschaft Schüssels eher sieben magere Jahre. Der ÖVP-nahe Meinungsforscher Fritz Plasser sprach von einer »Protestwahl gegen Schüssels Sozialpolitik«. Ein Protest, der sich erst an den Wahlurnen entlud. Zuvor hatte die wachsende Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung kaum zu öffentlichen Protesten geführt, sieht man einmal von den gewerkschaftlich organisierten Demonstrationen gegen die Pensionsreform ab. Das Thema Verteilungsgerechtigkeit wurde auch von der Opposition unzulänglich thematisiert oder blieb in der vagen Floskel von der »sozialen Kälte« stecken.

Unbemerkt von Medien und Meinungsforschern hatte sich jedoch ein fundamentaler Stimmungswandel im Land vollzogen, der zur klaren Abwahl des schwarz-orangen Bündnisses führte.

Einen beträchtlichen Anteil an Schüssels Niederlage hat auch Elisabeth Gehrer zu verantworten. Ihre Bildungspolitik, die durch die Ergebnisse der PISA-Studien und anderer europäischer Quervergleiche (Maturanten- und Akademikerquote, Anteil von Naturwissenschaftlern und Technikern an den Uni-Absolventen, Dropout-Quoten) ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt war, hielt an den Dogmen und Überzeugungen der fünfziger Jahre fest. Als die von ihr eingesetzte Zukunftskommission von diesen Dogmen abwich, ließ sie deren Leiter fallen und widersetzte sich dessen Empfehlungen. Selbst als Industriellenvereinigung und Bildungspolitiker wie Bernd Schilcher für eine gemeinsame Schule der 10- bis 14jährigen eintraten, wischte die überforderte Bildungsministerin solche »unverdächtigen« Expertenmeinungen vom Tisch. Daß Schüssel an Elisabeth Gehrer über zehn Jahre festhielt, mag ihm als persönliche

»Treue« anzurechnen sein, im Interesse des Landes lag solche »Treue« nicht. Weder im Schul- noch im Hochschulbereich wurden jene Schritte gesetzt, die Österreichs Bildungs- und Forschungssystem wieder international wettbewerbsfähig machen würden.

Neoliberale Wirtschaftspolitik und altkonservative Bildungspolitik: den Spagat zwischen Karl-Heinz Grasser und Elisabeth Gehrler schaffte auch der angebliche Meistertaktiker Schüssel nicht.

---

### Die Drachentöter-Legende

---

Trotz aller Taktik gelang es Schüssel auch nicht, seinen Rechtsaußen-Partner zu domestizieren. Die Kapriolen des nach Knittelfeld außer Rand und Band geratenden Jörg Haider trugen wesentlich zur Schüssel-Niederlage bei. Auch hier hatte Schüssel unterschätzt, wie erschütternd schmal das personelle Reservoir von Blau/Orange tatsächlich war. Die im Halbjahres-, wenn nicht Monatsrhythmus wechselnden Figuren aus der rechten Ecke zeichneten sich in der Regel durch fachlichen Dilettantismus an der Grenze der Lächerlichkeit, gepaart mit politischer Ahnungslosigkeit, aus. Zentrale Fragen wie die Erneuerung der Infrastruktur oder die Reorganisation der Energiepolitik blieben dabei ebenso auf der Strecke wie eine Sozialpolitik, die aus dem Armutsbericht Konsequenzen gezogen hätte. Statt seinen Koalitionspartner zumindest an elementare Grundsätze des Rechtsstaats zu erinnern, ließ Schüssel Westenthaler und Co ungebremst gegen Asylanten, Migranten und Ausländer insgesamt vom Leder ziehen. Nicht einmal zu den offenen Attacken gegen den Verfassungsgerichtshof und zur Mißachtung aller rechtsstaatlichen Vorschriften durch den Kärntner Landeshauptmann ließ sich Schüssel je ein Wort entlocken.

Der Beitrag, den Jörg Haider zum Verfall der politischen Sitten leistete, wird die Republik noch länger belasten. Nicht nur die Ausländerfeindlichkeit im Land ist unverändert hoch, auch die negative Einstellung zur Europäischen Union hat sich trotz EU-Ratspräsidentschaft in den ersten sechs Monaten des letzten Jahres kaum zum Positiveren gewandelt. In der Frage der zweisprachigen Ortstafeln wird Haider nicht mehr lange sämtliche Organe der Republik provozieren können, ohne daß Österreich internationalen Schaden erleidet.

Wachsende Ungleichheit der Einkommen, eine anachronistische Bildungspolitik und die radikalen Kapriolen des rechten Randes – alles zusammen war den Österreichern dann doch zuviel. Während die Meinungsforscher die Auseinandersetzung auf einen Sympathiewettbewerb zwischen Wolfgang Schüssel und Alfred Gusenbauer – und damit auf ein emotionales Thema – reduzieren wollten, entschieden die Wähler durchaus rational: sie erteilten der schwarz-blauen Koalition mit dem Verlust von insgesamt 14 Prozent (ÖVP 8 Prozent, BZÖ, Nachfolgepartei der FPÖ in der Regierung, 5,9 Prozent) eine eindeutige Abfuhr. Sie bereiteten Schüssel und Scheibner eine Erdbeben-Niederlage, ohne Gusenbauer einen Erdbeben-Sieg zu verschaffen. Manche Sozialdemokraten redeten sich einen solchen nach dem 1. Oktober 2006 zwar in grober Selbsttäuschung herbei, übersahen aber, daß die SPÖ gegenüber 2002 1,2 Prozent der Stimmen eingebüßt hatte.

Das schwache Abschneiden der Grünen (die zwar 1,6 Prozent zugelegt, aber mit weit mehr Stimmen gerechnet hatten) ist auf ihr permanentes Lavieren zwischen Schwarz und Rot und ihre nur noch auf mediales Marketing ausgerichtete Politik

zurückzuführen. Sowohl ihre Kernthemen Umwelt und Energie als auch das Thema der neuen sozialen Ungleichheit kamen in ihrem Wahlkampf zu kurz. Wie sehr das ständige Schielen nach der Macht für reale politische Möglichkeiten blind macht, zeigte ihr Verhalten bei den Regierungsverhandlungen. Eine Minderheitsregierung – durch Schüssels Verhandlungsverweigerung kurzfristig im Bereich der Möglichkeiten – wurde mangels Langzeitstrategie leichtfertig verspielt.

Daß Heinz-Christian Strache beim ersten bundesweiten Antreten fast so viel Stimmen erreichte wie die Grünen (11 Prozent), verweist Schüssels »Drachentöter«-Ruhm ins Reich der Legenden. Der alte Drache liegt zwar in den letzten Zuckungen, wie in der antiken Legende von der Lernäischen Hydra sind ihm zwei Köpfe nachgewachsen. Schüssel war kein Herkules der österreichischen Innenpolitik.

Das BZÖ, Haiders Resttruppe, mag zwar einem sicheren Ende entgehen, doch die wiedererstartete FPÖ wird in Österreichs Parteienlandschaft nicht so bald verschwinden. Heinz-Christian Strache, mit Sicherheit weniger intelligent und weniger politisch talentiert als sein Ziehvater Jörg Haider, hat wenig Geschick, seine »Nähe zum nationalsozialistischen Gedankengut« (eine Aussage, die laut Gerichtsurteil offiziell über ihn zu treffen ist) zu verschleiern. Wehrsportübungen mit verurteilten Neonazis und der von Neonazis geübte, leicht veränderte Hitler-Gruß (statt der ganzen Hand werden nur drei Finger erhoben) demonstrieren, welch Geistes Kind die Haider-Erben sind: sie kommen direkt aus dem Umfeld der Neonazi-Szene. Sollten Strache seine Neonazi-Freunde den politischen Garaus machen, ist auch die Wiedervereinigung der beiden Rechtsaußenparteien nicht auszuschließen.

---

## ÖVP und SPÖ im Umbruch

---

Österreichs Parteien insgesamt sind in einer tieferen Umbruchsphase, als die Rituale von Sonntagsfragen und angekündigten Parteitagern vermuten lassen. Globalisierung und europäische Integration haben der traditionellen Parteienlandschaft ihre sozialen Fundamente entzogen und eine neue Wählerstruktur sowie neue politische Problemfelder produziert, die von den Parteistrategen erst zu analysieren sind. Weder alte Programme noch alte Organisationsformen taugen für solche Umbruchszeiten, in denen die Wähler zunächst ihre Partizipation verweigern. Sie erwarten sich auf neue Fragen neue Antworten.

Am deutlichsten ablesbar ist dies am gegenwärtigen Zustand der ÖVP. Nach dem kurzen Schock über die unerwartete Niederlage regte sich erstmals offener Widerstand gegen Wolfgang Schüssel, der die Konservativen in den letzten Jahren ziemlich autoritär, ohne interne Diskussion auf seinen Kurs vergattert hatte. Als er Karl-Heinz Grassner zum Vizekanzler und möglichen Spitzenkandidaten für die nächste Wahl vorschlug, kam es zur offenen Rebellion. Der alte christlich-soziale Flügel, dem nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch der Lebensstil Grassners mißfiel, hielt mit seiner Kritik nicht länger hinter dem Berg, und auch die Erfinder der »ökosozialen Marktwirtschaft« rund um Josef Riegler und Franz Fischler machten aus ihrer Abneigung gegen Schüssels liebsten Minister kein Hehl. Die Designierung Wilhelm Molterers, der als Sekretär Josef Rieglers im Landwirtschaftsministerium seine Politikkarriere gestartet hatte, ist ein Signal, daß die ÖVP den neoliberalen Kurs der letzten Jahre zwar nicht gänzlich aufgeben, aber doch sozial und ökologisch korrigieren wird.

Schüssel hatte versucht, die aufbrechende Diskussion über den zukünftigen Kurs der ÖVP durch die Installierung einer »Perspektivengruppe 2010« zu entschärfen. Daß Josef Pröll, der bisherige Landwirtschafts- und Umweltminister, den Vorsitz erhielt, sollte die »öko-soziale« Fraktion so weit zufriedenstellen, daß sie Grasser als neuen Spitzenkandidaten der ÖVP akzeptiert. Ein Plan, den der durch die Niederlage geschwächte Schüssel nicht mehr durchsetzen konnte.

Die Debatte über den zukünftigen Kurs bleibt der ÖVP so wenig erspart wie den anderen konservativen Parteien Europas. Wie die deutschen Christdemokraten derzeit neu die Sozialpolitik entdecken, was ihnen von Kommentatoren als »Linksruck« angekreidet wird, beginnt auch in der ÖVP der Konflikt zwischen den divergierenden Interessengruppen aufzubrechen. Die alten bündischen Strukturen haben immer weniger mit den neuen gesellschaftlichen Realitäten zu tun. Die anhaltende Schwäche der ÖVP in den Städten, wo sie seit 20 Jahren laufend an die Grünen verliert, die Klage über die mangelnde »Urbanität« ist zum Stehsatz sämtlicher »Reformer« geworden. Im Kern geht es um die bisherige konservative Gesellschaftspolitik der ÖVP. Schwer zu entscheiden, ob es dabei noch um den alten Konservatismus der späten fünfziger oder schon um den neuen Neo-Konservatismus als Reaktion auf die »linken siebziger Jahre« geht. Die Mischung von beiden führt jedenfalls zu jenem stockkonservativen Frauen- und Familienbild, das die emanzipatorischen Entwicklungen, die Entstehung neuer Lebensformen verschlafen hat.

Wirtschaftlich, sozial und kulturell brauchen Österreichs Konservative jedenfalls mehr als ein »neues Image«, auch die Floskeln »breiter, bunter und offener« (so Josef Pröll im Interview mit dem »Standard« vom 19. Jänner 2007) werden nicht ausreichen. Die Diskussionen und personellen Entscheidungen auf dem Parteitag im April 2007 werden mehr Aufschluß über den zukünftigen Weg der ÖVP geben.

---

### Sozialdemokratische Orientierungslosigkeit

---

Die Sozialdemokraten scheinen nach der Rückkehr in die Regierung von solcher »Gedankenblässe« wenig »angekränkt«. Sie sonnen sich in der Euphorie der wiedergewonnenen Macht, obwohl sie nicht dank ihrer inhaltlichen oder personellen Stärken, sondern dank der Schwächen von ÖVP und BZÖ den ersten Platz zurückerobert haben. Nichts macht die Orientierungslosigkeit der Crew rund um Alfred Gusenbauer offenkundiger als das jämmerliche Lavieren gegenüber Heinz-Christian Strache und dessen FPÖ. Im durchsichtigen Bemühen, sich für die nächste Wahl einen rechten Koalitionspartner zu verschaffen, werden alle Grundsätze über Bord geworfen. Da werden Wehrsportübungen zu »Jugendtorheiten« schöngeredet, die Zusammenarbeit mit Neonazis als Harmlosigkeit abgetan. Daß jemand, der sich in der Nähe zu nationalsozialistischem Gedankengut bewegt, im österreichischen Parlament keinen Platz hat, sollte zum Konsens der Republik gehören.

Gusenbauer und Genossen sind an das Gründungsdokument der Republik, an die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, zu erinnern. Dagegen wirken die »Umfaller« in der Frage der Studiengebühren und der Eurofighter geradezu realpolitisch verständlich, wurden diese Wahlversprechen doch offenkundig nur gemacht, weil niemand in der SPÖ an einen Wahlsieg geglaubt hatte.

Folglich ließ sich die SPÖ im Regierungsprogramm auch darauf einschwören, daß »auf der Basis des bisher Erreichten aufgebaut« wird. Schüssel zwang Gusenbauer im

Regierungsübereinkommen auf, seine von ihm als erfolgreich gepriesene Wirtschaftspolitik fortzusetzen, mit der Konzession, »das österreichische Sozial- und Gesundheitssystem durch eine Strategie der Armutsbekämpfung zu ergänzen«. Also keine Kurskorrektur, nur ein minimaler Konsens, die drohende Armut am unteren Ende der Einkommenskala durch Einführung der »bedarfsorientierten Grund- bzw. Mindestsicherung« und eines durch Generalkollektivvertrag festgelegten Mindestlohns zu bekämpfen.

Weder in der Steuerpolitik noch in der Bildungspolitik setzte die SPÖ konkrete Maßnahmen durch. Die Steuerreform wurde auf 2010 verschoben, in der Bildungspolitik ließ man sich überhaupt mit der Zusage von »Schulversuchen« abspesen – ziemlich grotesk, wenn man bedenkt, daß es in Österreich seit 1969 (!) Schulversuche gibt und seither in den meisten europäischen Ländern die gemeinsame Schule der Zehn- bis 14jährigen eingeführt ist.

Bildungs- und Kulturpolitik, einst zentrales Thema der Sozialdemokratie – als Instrument für die »Humanisierung der Gesellschaft«, ist der heutigen Partei unwichtig geworden. Der allgemeinen Ökonomisierung von Bildung und Kultur hat die SPÖ nichts entgegenzusetzen.

In der Frage der Zuwanderung hatte die SPÖ ihren Sündenfall schon vor der Regierungsbildung begangen – als sie dem verschärften Asyl- und Fremdenrecht zugestimmt hatte. In der Logik dieses Sündenfalls verzichtete sie auch auf ein Staatssekretariat für Zuwanderung und Integration.

Die SPÖ beschränkt sich in der neuen Regierung also auf den kleinsten gemeinsamen Nenner mit der ÖVP: Es fehlte nicht nur an Mut, es fehlt auch an konkreten Konzepten. Das Zwanzig-Punkte-Programm, das die SPÖ für den Wahlkampf formuliert hatte (»Zwanzig Projekte für mehr Fairness in Österreich«), war ein Papier, hinter dem weder Arbeitskreise noch personelle Alternativen standen. Die SPÖ hatte die Opposition nicht dazu genutzt, fundierte Alternativen auszuarbeiten und Fachleute für ihre Politik heranzuziehen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, zeigt sich dies auch in der zufällig zusammengewürfelten Regierungsmannschaft, der es sowohl an Expertenwissen als auch an politischer Erfahrung fehlt. Umfragen nach der Regierungsbildung signalisierten dem neuen Kanzler zunächst nur, daß das Brechen seiner Wahlversprechen vom Wähler mit Zorn registriert wird. Die neue Internet-Plattform »Wir sind SPÖ« löste zwar noch keine Massenbewegung aus, ist aber ein deutliches Signal, daß Alfred Gusenbauer und seine Crew massiven Diskussionsbedarf hat. Die SPÖ, seit zwanzig Jahren im ideologischen Vakuum, schwankt heute zwischen dem Festhalten am »dritten Weg«, wie ihn Schröder, Blair und auch Vranitzky propagierten, und einer heftigen Kritik am Neoliberalismus.

Keine Hilfe für eine Neuorientierung der Sozialdemokratie bietet der nach wie vor schwer angeschlagene ÖGB, dessen groß angekündigte »Reform« wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist. Abgesehen von der Zusammenlegung einzelner Gewerkschaften und dem personellen Eklat bei der Wahl des Präsidiums, der möglicherweise zur Abspaltung der ÖVP-dominierten Beamtengewerkschaft führt, ist von einem »neuen Anfang«, einer Auseinandersetzung mit der »neuen Arbeitswelt« wenig zu sehen. Die Finanzprobleme werden den ÖGB, und indirekt auch die SPÖ (die von der sozialistischen Fraktion des ÖGB beträchtliche Summen erhielt), weiter beschäftigen.

Wenn es der SPÖ nicht gelingt, einen breiten Diskussionsprozeß über den weiteren Weg auszulösen, wenn sie weiterhin als »geschlossene Gesellschaft« eines kleinen

Freundeskreises der Sozialistischen Jugend agiert, wird ihr schmaler Stimmenvorsprung schnell dahinschmelzen.

Das labile Gleichgewicht, in dem sich die beiden ehemals so großen Parteien ÖVP und SPÖ befinden, beeinträchtigt auch die Chancen der neuen Großen Koalition. Jede Änderung der Kräfteverhältnisse innerhalb der beiden Parteien kann auch die Koalition kippen.

---

## Große Projekte?

---

Nach den Wahlen mahnten die verschiedensten Interessengruppen »große Projekte« ein, die die angeblich von der Bevölkerung so geliebte »Große Koalition« rechtfertigen sollten. »Große Projekte«, die schon vor 20 Jahren von der damaligen Koalition Vranitzky/Mock gefordert worden waren, ohne daß es zum großen Reformdurchbruch gekommen wäre.

Eine Reihe solcher Projekte, *de facto* ein umfassendes Regierungsprogramm, das 1:1 umzusetzen wäre, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut im »Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation« vorgelegt. Die Studie wird zwar im Regierungsübereinkommen zitiert, konkrete Vorschläge werden allerdings kaum aufgegriffen. Das Wirtschaftsforschungsinstitut, das im Gegensatz zum neoliberalen Mainstream von neo-keynesianischen Überlegungen ausgeht, fordert eine massive Förderung von Forschung und Entwicklung und, in Ergänzung dazu, eine rasche und radikale Modernisierung des Bildungssystems. Mutiger als das Regierungsübereinkommen greift das Weißbuch auch das heiße Eisen »Steuerstrukturreform« an. Im Kern geht es darum, die »Energie« zu verteuern und die Lohnabgaben zu senken, jene Verlagerung der Steuerlasten vom Faktor Arbeit auf den Faktor Energie, von der seit mehr als 20 Jahren immer wieder die Rede ist. Die WIFO-Studie schlägt zusätzlich die Anhebung der Vermögenssteuern auf das europäische Durchschnittsniveau, die Anhebung der Steuern auf Grund und Boden sowie die Anhebung der Erbschaftssteuer vor. Weder die Steuervorschläge noch die Forderung nach radikalen Reformen der Bildungspolitik fanden ihren Weg ins Regierungsprogramm.

So läßt sich Österreich zu Beginn der neuerlichen Großen Koalition nur als Transitorium, als Land im Übergang, begreifen. »Das Alte will nicht vergehen, das Neue noch nicht werden«, beschrieb der alte Marxist Ernst Bloch solche historischen Umbruchszeiten.

Zwei Regierungsparteien, die sich in den großen Fragen nicht einigen können, weil sie selbst innerhalb ihrer eigenen Parteien unsicher über den künftigen Kurs sind, zwei Oppositionsparteien, von denen die eine im braunen Sumpf versinkt, die andere von den die Welt bewegenden Themen Klimawandel und Energieversorgung kaum zu profitieren versteht, und eine Bevölkerung, die sich in Wartestellung befindet, wer die ungelösten Fragen des Landes in Angriff nimmt.

1. Eine neue Verfassung wäre nicht nur ein Formalakt – sie müßte auch ein Akt der Demokratisierung Österreichs sein, samt neuem Wahlrecht und verstärkter direkter Demokratie. Die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre mag populistisch wirksam sein, ein Beitrag zum Ausbau und zur Erweiterung der Demokratie ist es nicht. Daß in der Regierungserklärung zum Thema »Demokratie« nichts zu finden ist, scheint symptomatisch.

2. Das von den Regierungsparteien sträflich vernachlässigte Thema der Zuwanderung und Integration ist eine der Fragen, die über die Zukunft des Landes entscheiden. Wer sie ignoriert, läuft Gefahr, dieses Thema weiterhin dem rechten Rand zu überlassen. Eines der großen Projekte der Koalition müßte die offensive Thematisierung des Ausländer-Themas sein, die Deklaration Österreichs als eines Einwanderungslandes, das aufgrund seiner demographischen Entwicklung auf Einwanderung nicht verzichten kann.
3. Seit dem Beitritt zur Europäischen Union ist das Kapitel »Europa« in allen Parteien kontrovers: Die ÖVP, die sich gern als Europapartei rühmt, hat den deklarierten Antieuropäern am rechten Rand den Weg in die Regierung geebnet. Die Sozialdemokraten schwanken zwischen einer Kritik am neoliberalen Kurs der Europäischen Union, einer sehr allgemein gehaltenen Forderung nach einem »sozialeren Europa« und einem populistischen Mitschwimmen auf der Anti-EU-Welle der »Kronen Zeitung«. Am engagiertesten sind die Grünen – typische Konvertiten, die aus massiven EU-Kritikern zu massiven EU-Anhängern geworden sind.
4. Unbeantwortet bleibt auch die Frage nach Österreichs Beitrag zur internationalen Friedenspolitik. Man muß nicht der Kreisky-Nostalgie anheimfallen, um die Frage zu stellen, was von Österreichs Neutralität bleibt, wenn es keine Initiativen oder auch nur Beiträge zur Debatte im Nahen und Mittleren Osten gibt.

Die Selbstabschottung Österreichs ist nicht erst das Ergebnis der letzten Regierung, sie reicht mindestens 20 Jahre zurück. Nach Lektüre des neuen Regierungsprogramms steht zu befürchten, daß diese Selbstgenügsamkeit, das fehlende Engagement in der europäischen und internationalen Arena, anhält.